

Resolution

der Vollversammlung der NÖ Landes-Landwirtschaftskammer vom 1. Juli 2013

Bäuerinnen und Bauern brauchen ein verlässliches, berechenbares Umfeld, das Investitions- und Entwicklungsanreize setzt, in welchem sich die Land- und Forstwirtschaft in der vorhandenen Vielfalt weiter entwickeln kann. Die LK NÖ fordert daher:

Forderungen der LK NÖ zur GAP Reform und Ländlichen Entwicklung:

Die EU hat Ende Juni die wesentlichen Eckpunkte zur Reform der GAP fixiert und sich auf einen Finanzrahmen geeinigt. Aufgrund dieser europäischen Entscheidungen wird ein Regionalmodell mit Differenzierung nach Produktionsmöglichkeiten umsetzbar. Die Angleichung der unterschiedlich hohen Direktzahlungen der einzelnen Betriebe kann durch Anwendung einer Übergangsregelung von der historischen Ausgangsbasis zum einheitlichen Regionalmodell schrittweise erfolgen. Die Bindung der Direktzahlungen an das „Greening“ wurde erwartungsgemäß fixiert. Deshalb ist die auf den österreichischen Vorschlag hin beschlossene Möglichkeit zur Anrechnung von äquivalenten Umweltmaßnahmen für die Erfüllung des Greenings in Österreich und die Möglichkeit der Anrechnung von Eiweißpflanzen und Begrünungsflächen als ökologische Vorrangflächen besonders wichtig.

Insgesamt wird damit die Umsetzung des von den Landwirtschaftskammern erarbeiteten Modells zur GAP Reform ermöglicht. Um den Betrieben in Österreich endlich eine rechtssichere Planungsperspektive zu geben, sind Parlamentsbeschlüsse notwendig, die erst nach der Wahl unter einer neuen Regierung erfolgen werden.

Im Rahmen der Ländlichen Entwicklung sind möglichst rasch die weiteren Rahmenbedingungen festzulegen. Das Bekenntnis zur Beibehaltung der 50%igen nationalen Kofinanzierung ist dabei unumgänglich. Folgende Grundsätze sind im Programm zentral zu verankern:

- Maßnahmen, welche die landwirtschaftlichen Betriebe bei der Erhöhung und Sicherung ihrer Wertschöpfung unterstützen, sind zu forcieren. Wir fordern einen Schwerpunkt bei den Maßnahmen Investitionsförderung, Bildung und Beratung zu setzen.
- Im Bereich des Umweltprogramms darf das bislang erreichte Niveau nicht durch überzogene und unrealistische Auflagen gefährdet werden. Die Zielsetzung muss weiterhin ein flächendeckender Ansatz bleiben. Der größte Nutzen für Umwelt und Konsumenten ist dann gesichert, wenn das ÖPUL mit praxistauglichen Kriterien die produktions- und marktorientierten Betriebe anspricht.
- Die Ausgleichszulage muss in den Benachteiligten Gebieten auch weiterhin das Instrument zur Absicherung der Betriebe bleiben. Zu begrüßen ist der Beschluss, dass auch in Zukunft eine Berücksichtigung der Viehhaltung in der AZ möglich ist. Die Ermittlung der

tatsächlichen Nachteile der einzelnen Betriebe durch den Berghöfekataster ist künftig auf alle Betriebe im Benachteiligten Gebiet anzuwenden.

- Stärkere Verschiebungen des Mittelvolumens zwischen Betriebsformen und Regionen würden zu einer Störung des Marktgleichgewichtes führen. Bei der Verwendung der Mittel in der Ländlichen Entwicklung ist daher grundsätzlich auf Ausgewogenheit im Vergleich zum Status-quo zu achten.

Forderungen der LK NÖ zu Übergangsjahr 2014 und INVEKOS:

Durch die verspätete Einigung zu den Eckpunkten der GAP Reform steht seit längerem fest, dass 2014 ein Übergangsjahr mit im Wesentlichen Fortführung der geltenden Regelungen und Programme aber neuem Budget zusätzliche Herausforderungen bringen wird.

Wir fordern:

- Sicherstellung der Finanzierung und damit der Abgeltung der ÖPUL Maßnahmen des Übergangsjahres 2014 im ÖPUL 2007 beginnend mit der bereits ab Sommer 2013 startenden Winterbegrünung
- Bereitstellung von Mitteln um die Investitionsförderung und Bildungsmaßnahmen gemäß geltender Richtlinie zu starten bis genehmigte neue Richtlinien vorliegen

Im Hinblick auf die laufende Invekos Abwicklung ist für das Jahr 2013 sicherzustellen, dass mögliche Probleme durch den verlängerten Erfassungszeitraum und allfälliger Nichterfüllung der Kontrollquote nicht zu einer verzögerten Auszahlung führen. Die A-conto-Zahlungen für ÖPUL und Ausgleichszulage Mitte November 2013 und der Einheitlichen Betriebsprämie im Dezember 2013 (möglicherweise eingeschränkt auf Heimgutflächen und Antragsteller ohne Vorortkontrolle bzw. mit abgeschlossener Vorortkontrolle 2013) muss gewährleistet sein.

Der Invekos-Werkvertrag unter Einbezug der AMA ist umgehend mit der Landwirtschaftskammer, angepasst an die geänderte Sach- und Rechtslage, abzuschließen.

Forderungen der LK NÖ zu Konjunkturpaket

Investitionen im landwirtschaftlichen Bereich haben nachweislich besonders positive Effekte auf die Konjunktur und die regionale Kaufkraft. Unabhängig von der Dotierungen im Programm der Ländlichen Entwicklung ab 2014 sind daher im Rahmen des aktuellen Konjunkturpaketes schon für 2013 nationale Mittel für die Investitionsförderung in der Landwirtschaft gemäß geltender Investitionsförderungsrichtlinie und für den Güterwegebau sowie den Ausbau der Breitbandnetze bereit zu stellen. Aufgrund vieler zurückgestellter Investitionen in der Landwirtschaft würde diese Maßnahme sofort greifen.

Forderungen der LK NÖ zu Erdaushub:

Die NÖ Landes-Landwirtschaftskammer begrüßt, dass es auf Bundes- und Landesebene Unterstützung gibt, Erdaushub gewachsener Erde von landwirtschaftlich genutzten Flächen als Erde zu erhalten und wieder auf landwirtschaftliche Flächen aufzubringen.

Wir ersuchen um eine zügige Novellierung des NÖ Bodenschutzgesetzes, damit Bodenverbesserungen ermöglicht werden und um die Respektierung der vom Ministerium vertretenen Auslegung betreffend Bodenaushub, der nicht zu Abfall werden darf.

Einer Meinung, dass bei der Verwertung bester Erde vordringlich Entledigungsabsicht anzunehmen sei und diese demselben Kontrollmechanismus wie verdächtige Materialien zu unterwerfen sei, treten wir mit allem Nachdruck entgegen.

Forderungen der LK NÖ zu Weinmarketing:

Das Marketingbeitragssystem hat sich seit 1996 als verwaltungstechnisch kompliziert und daher kostenintensiv erwiesen. Ein neues unbürokratisches Beitragsmodell sichert die Fi-

finanzierung der ÖWM GmbH und damit die Werbung für den österreichischen Wein auch in Zukunft. Die Vollversammlung der NÖ Landes-Landwirtschaftskammer ersucht daher, diese dringend benötigten Gesetzesänderungen rasch zu beschließen.

Forderungen der LK NÖ zu Pflanzenschutz:

Das Thema Pflanzenschutz wurde in den letzten Monaten von politischen Akteuren mit massiver medialer Unterstützung und Begleitung durch NGO's kampagnisiert und skandalisiert. Was bleibt sind verunsicherte Konsumenten, ungelöste Probleme für die Imker und zusätzliche Probleme für produzierende Landwirte. In einer aufgeheizten öffentlichen Diskussion waren fachliche Argumente und wissenschaftliche Ergebnisse nur von untergeordneter Bedeutung. Die Landwirtschaftskammer Niederösterreich fordert daher alle im Parlament vertretenen Parteien auf, beim Thema Pflanzenschutz zu fachlichen Argumenten und objektiven Kriterien zurückzukehren und jede Entscheidung ausschließlich auf Basis objektiver Folgenabschätzungen zu treffen. Die LK NÖ bekennt sich zu strengen Sicherheitsstandards und Anwendungsbestimmungen, lehnt aber im Sinne eines fairen Wettbewerbs nationale Alleingänge bei der Einschränkung von Betriebsmitteln ab, da dies massive Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit, nicht nur der landwirtschaftlichen Betriebe, sondern auch der nachgelagerten Verarbeitungs- und Lebensmittelhandelsbranche hat.

Die Landwirtschaftskammer NÖ fordert bezüglich der Pflanzenschutzmittelsachkundeausweise die gegenseitige Anerkennung dieser Ausweise zwischen den Bundesländern, damit nicht Bauern mit Flächen in mehreren Bundesländern mehrere Ausweise gleichen Inhaltes benötigen.

Forderungen der LK NÖ zu Jagd- und Wildschäden:

Die NÖ Landes-Landwirtschaftskammer fordert, den bei der Bejagung von Schwarzwild eingeschlagenen Weg konsequent fortzusetzen.

Zudem werden in Problemgebieten, in denen massive Verbiss- oder Schältschäden auftreten, die zuständigen Behörden aufgefordert, geeignete Gegenmaßnahmen einzuleiten, die gemeldeten Fütterungen zu kontrollieren und festgestellte Mängel abzustellen.

Forderungen der LK NÖ zum Hochwasserschutz und zur Schadensabgeltung:

Das abgelaufene Hochwasser hat in Niederösterreich zu schweren Schäden an Gebäuden und 7.100 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche geführt. Vorwiegend im Alpenvorland und den Voralpen sind auch Hangrutschungen aufgetreten. Auch hat dieses Hochwasser in Teilbereichen sehr hohe Schlammfrachten auf Kulturlächen abgelagert, deren Rekultivierung noch viele Herausforderungen mit sich bringen wird.

Die Schadenserhebung durch die Kommissionen ist derzeit im Laufen und soll zügig weitergeführt werden. Wesentlich ist auch eine rasche Auszahlung der Beihilfen, um den Betrieben eine Perspektive zu geben. Für Härtefälle soll eine entsprechend höhere Beihilfe gewährt werden.

Da die Land- und Forstwirtschaft immer wieder massiv von Hochwasserereignissen betroffen ist, ist natürlich auch ein großes Interesse an nachhaltigen Maßnahmen zum präventiven Hochwasserschutz gegeben. Um die Diskussion zu versachlichen hat die NÖ Landes-Landwirtschaftskammer eine Studie zum Thema Retention und Katastrophenhochwasser in Auftrag gegeben. Aus der Studie geht hervor, dass für den Schutz vor Jahrhunderthochwässern potente Retentionsräume nicht zu früh geflutet werden dürfen, um zum richtigen Zeitpunkt noch Aufnahmekapazität für die optimale Retentionswirkung zur Verfügung zu haben. Ausgewählt können Flächen zur Reduktion der Hochwasserspitze zur Verfügung gestellt werden. Es müssen jedoch die Abgeltungsregelungen bezüglich Entschädigung und Wiederherstellung bereits vor einem Schadenseintritt geklärt sein. Eine möglichst frühe Retenti-

on der Wässer an jenen Orten, wo die Niederschläge auftreten und sorgsamere Umgang mit der Ressource „Boden“ (Stichwort Versiegelung) helfen zweifelsfrei bei der Bewältigung derartiger Katastrophenereignisse.

Forderungen der LK NÖ zu Einrichtung von Fachhochschulen für allgemeine Landwirtschaft und Wein- und Obstbau:

Die Bedeutung und Wertschöpfungsmöglichkeiten der Landwirtschaft und der österreichischen Wein- und Obstbauwirtschaft sind anerkannt. Im internationalen Vergleich zeigt sich, dass derzeit eine akademische Ausbildung in diesen Fachbereichen in unserem Lande fehlt. Aufbauend auf die vorhandene Infrastruktur der Lehr- und Forschungszentrum Francisco Josephinum-Wieselburg und HBLA und BA für Wein- und Obstbau Klosterneuburg, fordert die NÖ Landes-Landwirtschaftskammer die Einrichtung von, den internationalen Kriterien entsprechenden, Fachhochschulen.

Forderungen der LK NÖ zu Milch:

Die derzeitige Entwicklung am Milchmarkt ist von einer steigenden Nachfrage von Butter und Magermilchpulver geprägt. Die Preise für diese Produkte sind deutlich gestiegen. Diese gestiegenen Erlöse sind jedenfalls an die Milchbauern weiterzugeben, sind doch die Milcherzeuger seit Monaten mit stark gestiegenen Produktionskosten konfrontiert.

Die österreichischen Molkereien verarbeiten die angelieferte Milch weitgehend zu veredelten Produkten. Eine Preiserhöhung beim Handel ist unbedingte Voraussetzung, um die Milchpreise bei den Milcherzeugern erhöhen zu können. Sollte keine Preiserhöhung möglich sein, wird österreichische Milch zur Verarbeitung in die Länder mit marktgerechtem Milchpreis verbracht werden.

Die Vollversammlung der Landwirtschaftskammer fordert daher die Verantwortlichen des Handels auf, den Molkereien höhere Preise zu zahlen.